



FDP
Die Liberalen



grünliberale



Medienkonferenz vom 28. Oktober 2013

Pierre-Yves Grivel, Präsident FDP.Die Liberalen Kanton Bern, Grossrat

Die Einbürgerungs-Initiative hat keinen politischen Rückhalt und führt zu bürokratischem Verwaltungsaufwand

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Einbürgerungs-Initiative der JSVP verspricht eine Verschärfung der Einbürgerungspraxis. Dieses Versprechen hält sie jedoch nicht ein. Im Gegenteil: Im Vergleich zu heute dürfte sich bei einer Annahme der Initiative keine wesentliche Verschärfung der Einbürgerungspraxis einstellen. Sie geht nur in wenigen Punkten über die heutige Praxis hinaus, in anderen hingegen geht sie deutlich weniger weit. Sogar in ihrem Kernbereich – dem Umgang mit straffällig gewordenen Ausländerinnen und Ausländern – würde die Initiative keine schärfere, sondern eine laschere Einbürgerungspraxis zur Folge haben! So könnte die Initiative dazu führen, dass künftig nur Straftaten ab zwei Jahren Freiheitsstrafe als Hinderungsgrund für eine Einbürgerung gelten würden. Die heutige Einbürgerungspraxis ist im Bereich der Straffälligkeit im Vergleich zur Initiative strenger.

Deshalb: Die Einbürgerungs-Initiative hält nicht, was sie verspricht.

Die Initiative ist zudem ein nicht durchdachter, effekthascherischer Schnellschuss. Im Grossen Rat fand die Initiative ausserhalb der SVP-Fraktion nicht eine einzige unterstützende Stimme! Und auch in der SVP-Fraktion gab es ablehnende Stimmen (3). Der Grosse Rat empfiehlt die Einbürgerungs-Initiative mit dem wichtigen Resultat von 109 zu 37 Stimmen zur Ablehnung. Die FDP-Fraktion lehnt die Initiative ohne Gegenstimmen klar ab (15 Nein). Die Delegiertenversammlung der FDP in Moutier lehnt die Initiative mit 64 Nein, 13 Ja und 14 Enthaltungen ab. Die deutliche Ablehnung zeigt, dass die heutigen Einbürgerungsbestimmungen grosse Akzeptanz geniessen. Die Berner Stimmbevölkerung hat dem geltenden Gesetz über die Erteilung des Kantons- und Gemeindebürgerrechts im Übrigen im Jahr 2005 mit einer klaren Mehrheit von 60 Prozent zugestimmt.

Deshalb: Die Einbürgerungs-Initiative hat keinen politischen Rückhalt.

Im Weiteren nährt die Initiative die Bürokratie und schafft Verwaltungsaufwand, ohne Nutzen abzuwerfen. So würde die Initiative den Aufbau und die Pflege einer kantonalen Datenbank

über den Bezug von Sozialhilfe erfordern. Selbst dann bliebe der Nutzen aus, weil das Register auf den Kanton Bern beschränkt bliebe; ein früherer Sozialhilfebezug in einem anderen Kanton liesse sich so nicht nachweisen. Gerade in Zeiten der knappen Finanzen und des Leistungsabbaus im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens wäre ein solches Vorgehen der reinste Schildbürgerstreich.

Deshalb: Die Einbürgerungs-Initiative führt zu bürokratischem Verwaltungsaufwand.